

**ANTWORTEN VON:**

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg**

**WPS animal public e. V.**

### **Strukturelle Stärkung des Tierschutzes**

**1. Spricht sich Ihre Partei für die Einführung eines Verbandsklagerechtes in Brandenburg aus? Wenn ja, wie wird sie sich dafür einsetzen?**

Ja. Um Tierschutzverletzungen schon früh zu verhindern, wollen wir den Tierschutzverbänden mit dem Verbandsklagerecht ein Kontrollrecht gegenüber den Genehmigungsbehörden einräumen. So wollen wir den Tierschutz bereits bei Genehmigungsverfahren zur Geltung bringen und diesen im Betrieb auch sicherstellen. Wir haben ein solches Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände bereits im Rahmen der Verhandlungen zum Volksbegehrens gegen Massentierhaltung gefordert.

**2. Wird sich Ihre Partei für die Stärkung des Mitspracherechts des hauptamtlichen, unabhängigen Landestierschutzbeauftragten in Brandenburg einsetzen?**

Unbedingt. Aber auch sonst muss das Amt gestärkt werden. Das Aufgabenspektrum des Tierschutzbeauftragten ist sehr umfangreich. Er führt z.B. Informationsveranstaltungen zu Tierschutzthemen durch, besucht viele Ställe und vernetzt sich. Die rein beratende Funktion des Tierschutzbeauftragten gestattet ihm aber gerade in den schwierigen Fällen nicht ausreichend Beinfreiheit. Wir hatten von vornherein mehr Unabhängigkeit und mehr Personal für den Tierschutzbeauftragten gefordert. Die Wirksamkeit seiner Arbeit wäre mit einer größeren Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Frage größer. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der Tierschutzbeauftragte in der nächsten Legislaturperiode gestärkt wird.

**3. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, den Tierschutz als einen wesentlichen Bildungsauftrag anzuerkennen?**

**4. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, damit der Tierschutz verpflichtend schon ab der Grundschule in die Lehrpläne, die Prüfungsordnungen der Lehrerausbildung sowie in das Schulgesetz aufgenommen wird?**

Antwort zu 3. und 4.:

Wir messen dem Thema Tierschutz eine hohe Bedeutung im Rahmen der schulischen und außerschulischen Bildung zu und wissen das Interesse der Kinder und Jugendlichen da auch auf unserer Seite. Der gemeinsame Rahmenlehrplan für Brandenburg und Berlin für die Jahrgangsstufen 1-10 wurde allerdings erst vor wenigen Jahren geändert und ist erst 2017 in Brandenburg in Kraft getreten. Der Tierschutz wird in diesem Rahmenlehrplan zwar ebenso wenig wie im Brandenburgischen Schulgesetz explizit als Bildungsauftrag benannt. Nach dem

Schulgesetz hat Schule aber den Auftrag, die Fähigkeit und Bereitschaft der Schülerinnen und Schüler zu fördern, die Verantwortung für die eigene Gesundheit, den Erhalt der Umwelt und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen wahrzunehmen. Dies schließt unseres Erachtens den Tierschutz mit ein. Im Rahmenlehrplan gibt es vielfache Möglichkeiten, im Rahmen der fachübergreifenden Kompetenzentwicklung „Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen“ sowie z. B. in den Fächern Naturwissenschaften, Wirtschaft – Arbeit – Technik, Gesellschaftswissenschaften, Politische Bildung oder Ethik den Tierschutz insbesondere im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Thema „Ernährung“ zu thematisieren. Dies knüpft auch an das uns ebenfalls sehr wichtige Thema der gesunden Ernährung in Schulen an. Wie die Bezeichnung besagt, setzt der neue Rahmenlehrplan für diese Fächer zwar den Rahmen, eine Verpflichtung im Sinne des Fragestellers ist für dieses, wie auch für ähnlich gelagerte Themen, nicht vorgesehen. Unter dieser Maßgabe könnte bei der nächsten Überarbeitung des Schulgesetzes und des Rahmenlehrplans sehr wohl darüber diskutiert werden, dass das Thema Tierschutz als zusätzlicher Schwerpunkt benannt wird.

### **Handel mit Wildtieren/Gefahrtiere**

- 5. Es gibt immer mehr gefährliche exotische Tiere in Privathand. Brandenburg hat es bisher versäumt, Bestimmungen zu Gefahrtieren zu erlassen. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Privathaltung von Wildtieren durch Positivlisten zu regulieren?**

Wir fordern, dass Positivlisten gemeinsam mit Tierschutz- und Halterverbänden erarbeitet und eingeführt werden. Der kommerzielle Handel, die Haltung und Zucht von Wildtieren soll auf die Arten beschränkt werden, deren Haltung aus Tier-, Natur- und Artenschutzgründen, aber auch aus Gesundheits- und Sicherheitsaspekten, unbedenklich und dauerhaft zu leisten ist.

- 6. Wenngleich wir Gefahrtierbestimmungen ausdrücklich begrüßen, sind Positivlisten aus unserer Sicht zielführender. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Positivlisten für Haustiere einzuführen?**

Dazu haben wir bisher keine Positionierung vorgenommen. Aus einer kritischen Sicht heraus erscheinen Positivlisten aber in der Tat zielführender als Gefahrtierbestimmungen.

- 7. Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Exotenbörsen auf kommunalen Flächen einsetzen?**

Wir wollen gewerbliche Tierbörsen für Wildtiere sowie den Verkauf von Wildfängen über Tierbörsen untersagen, und für alle anderen Arten von Tierbörsen verbindliche, tierschutzkonforme und im Vollzug handhabbare Regelungen treffen. Den Verkauf und insbesondere Versand über Online-Portale lehnen wir entschieden ab und setzen uns dafür ein, dass dies wirksam unterbunden wird.

**8. Zudem werden immer mehr exotische Tiere ausgesetzt. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Mittel für Tierheime aufstocken, damit diese Tiere artgerecht untergebracht werden können?**

Den Mangel sehen auch wir, haben aber bisher keine Position dazu entwickelt. Bisher kämpfen wir v.a. auf kommunaler Ebene für eine bessere Unterstützung der Tierheime.

**Wildtierhaltung im Zirkus**

**9. Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der Wildtierhaltung im Zirkus einsetzen, zum Beispiel über eine Bundesratsinitiative?**

Gemeinsam mit Tierschützern fordern wir seit langem ein Haltungsverbot wildlebender, nicht domestizierter Tierarten im Zirkus. Dadurch würde nicht nur der Tierschutz deutlich gestärkt, sondern auch der praktische Vollzug erleichtert.

**Jagdgesetz**

**10. Strebt Ihre Partei eine Novellierung des Brandenburgischen Landesjagdgesetzes an? Wenn ja, welche Änderungen möchten Sie vornehmen?**

Wir streben eine Novelle des Bundesjagdgesetzes an. Konkret wollen wir die Zahl der jagdbaren Arten deutlich reduzieren und dabei die Jagd auf Vögel beenden. Fütterung von Wildtieren werden wir verbieten. Ziel der Jagd muss eine effektive Begrenzung der Populationsdichten von Schwarz-, Reh-, Dam- und Rotwild sein, um Fraßschäden zu verringern und eine natürliche Erneuerung des Waldes hin zu ökologisch wertvollen und klimastabileren Mischwäldern zu ermöglichen.

**11. Spricht sich Ihre Partei für eine Novellierung des Bundesjagdgesetzes aus? Fall ja, welche Änderungen würden Sie vornehmen?**

Wir wollen das Bundesjagdgesetz novellieren und es an wildbiologischen sowie tierschutzgerechten Anforderungen ausrichten. Dazu gehört die Liste der jagdbaren Arten zu kürzen, bestimmte Jagdmethoden wie z.B. Totschlagfallen und den Abschuss von Hunden und Katzen zu verbieten.

**12. Spricht sich Ihre Partei für ein Verbot des Haustierabschlusses aus?**

Dazu haben wir bisher keine Position entwickelt.

**13. Spricht sich Ihre Partei für ein Verbot besonders grausamer Jagdpraktiken (z.B. Fangjagd mit Totschlag- und Lebendfallen, Fangen und Töten von Tieren im befriedeten Bezirk, Baujagd, Jagdhundausbildung an lebenden Tieren) aus und welche Maßnahmen wird sie ergreifen?**

Wir lehnen sämtliche Jagdpraktiken ab, bei denen die Einhaltung des Tierschutzgesetzes nicht gewährleistet ist.

**14. 52 Kommunen im Land haben sich auf Initiative des Bauernbunds bereits zur wolfsfreien Zone erklärt. Die Initiatoren und ihre Unterstützer fordern, die weitere Ausbreitung des Wolfes konsequent zu bekämpfen und Wölfe überall dort konsequent zu bejagen, wo er eine Bedrohung für Menschen und Weidetiere darstellt. Erst kürzlich kam es erneut zu illegalen Wolfsabschüssen. Spricht sich Ihre Partei für die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht aus?**

Eine Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht lehnen wir ab. Initiativen des Landes zur Aufweichung des EU-Schutzstatus stehen wir ebenfalls ablehnend gegenüber. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Hinweise auf eine Gefährdung von Menschen oder Tieren wie Risse von Nutztieren durch den Wolf schnellst möglichst aufgeklärt werden müssen. Wölfe mit auffälligem/problematischem Verhalten müssen der Natur rechtssicher entnommen werden können. Wir fordern außerdem eine strengere Verfolgung und Ahndung von Straftaten gegenüber Wölfen durch eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Umwelt, Natur- und Artenschutzdelikte.

**15. Spricht sich Ihre Partei für einen regelmäßigen Nachweis der Schießfertigkeit aus?**

Die Erteilung des Jagdscheins ist im Bundesrecht geregelt. Das Bundesjagdgesetz (BJagdG) regelt beispielsweise in § 17, Abs. 1, Nr. 2, dass Personen der Jagdschein zu versagen ist, wenn sie die körperliche Eignung nicht besitzen. Überlegungen für einen regelmäßigen Schießnachweis sehen wir positiv.

**16. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Jagdfreistellung von Grundbesitz durch den Eigentümer deutlich vereinfacht wird und auch juristische Personen die Jagdfreistellung von Grundbesitz gemäß § 6a BJagdG beantragen können?**

Die Jagdfreistellung wird in §6a BJagdG geregelt. Danach kommt es auf einen ausgewogenen Ausgleich zwischen dem öffentlichen Interesse auf eine flächendeckende Jagdausübung zur Regulierung von Wildbeständen und dem individuellen Recht einer natürlichen Person, die Jagdausübung auf eigenem Grund aus ethischen Gründen abzulehnen, an. Eine Regulierung von Wildbeständen ist ggf. nötig um den Jungaufwuchs vor Verbiss zu schützen und so unsere Kiefernwälder zu stabilen Mischwäldern umzubauen.

### Haltung von Tieren in Zoos

**17. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die rechtswidrige Praktik, des Flugunfähigmachens von Zoovögeln konsequent unterbunden werden? Wie will sie das in Brandenburg umsetzen?**

Wir setzen uns für Verbesserungen der Tierhaltungsbedingungen auch in Zoos ein. Rechtswidrige Praktiken und Tierschutzverletzungen lehnen wir vehement ab. Grundsätzlich

müssen sich nach unserer Auffassung Haltungssysteme den Tieren anpassen –die Tiere dürfen nicht den Haltungssystemen „passend gemacht“ werden.

**18. Wird ihre Partei dafür Sorge tragen, dass die zoologischen Einrichtungen alle aktuellen Haltungsvorgaben vollumfänglich erfüllen?**

Hier handelt es sich um ein typisches Vollzugsdefizit. Ganz allgemein streben wir eine bessere Ausstattung von Kontrollbehörden aus, um Vollzugsdefizite zu beheben. Dies sehen wir auch prioritär gegenüber neuen Gesetzen an.

**19. Wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass alle zoologischen Einrichtungen nach §42 BNatSchG die naturschutzrechtlichen Vorschriften vollumfänglich erfüllen und entsprechend genehmigt werden oder anderenfalls konsequent geschlossen werden?**

Wie in Frage 18 sind wir natürlich dafür, dass geltendes Recht auch durchgesetzt wird. Eine Schließung kann als letzter Schritt möglich sein, auch wenn wir eher eine Durchsetzung der Vorschriften vorziehen.

### Tierversuche

**20. Wird sich Ihre Partei für das Vorankommen einer tierversuchsfreien Forschung (Förderung von Alternativmethoden zum Tierversuch) im Land Brandenburg einsetzen? Wenn ja, wie?**

In den vergangenen Jahren wurden vielversprechende tierfreie Versuchsmethoden und -verfahren entwickelt, um Tierversuche zu ersetzen. Doch nach wie vor ist die staatliche Förderung von tierversuchsfreier Forschung sehr gering. Wir wollen auf Bundesebene deutlich mehr Mittel in die Erforschung und Weiterentwicklung investieren. Insgesamt wollen wir einen Paradigmenwechsel einleiten, bei dem der tierleidfreie Versuch zum „Goldstandard“ wird.

**21. Wird sich Ihre Partei für ein tierverbrauchs-/tierversuchsfreies Studium einsetzen und wenn ja, wie?**

Mit diesem Thema haben wir uns bisher nicht auseinandergesetzt.

### Abschließende Frage

**22. Welche tierschutzrelevanten Themen – außer den bereits angesprochenen – sind Ihrer Meinung nach besonders wichtig, und welche Initiativen werden Sie dazu in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg bringen?**

Für uns ist insbesondere die Überwindung der Massenhaltung das zentrale tierschutzrelevante Thema in Brandenburg. Wir wollen ein absehbares Ende der Massentierhaltung und dafür den Tierschutzplan, der aus dem Volksbegehren gegen

Massentierhaltung entstanden ist, als ersten Schritt engagiert umsetzen. Wir drängen auf einen schnellen Ausstieg aus der Kastenstandshaltung für Sauen und der Praxis des Kupierens von Schwänzen bei Ferkeln. Das Kürzen von Schnäbeln beim Geflügel wollen wir genauso unterbinden wie das Enthornen von Rindern. Wir wollen eine artgerechte Tierhaltung durch die Überarbeitung des Landesimmissionsschutzrechts, der Brandenburgischen Bauordnung und einer Neuausrichtung der Agrarinvestitionsförderung durchsetzen. Wir wollen das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände einführen (s.o.) und strengere Kontrollen von Tierhaltungsanlagen durch die Veterinärbehörden durchsetzen. Wir wollen auch die Kontrollen bei Tiertransporten ausweiten und Tiertransporte in Länder außerhalb der EU solange aussetzen, bis der gesetzlich vorgeschriebene Tierschutz gewährleistet werden kann. Wir lehnen aber auch Tiertransporte innerhalb der EU ab, bei denen lebende Tiere auf langen Strecken zu Megaschlachtfabriken transportiert werden. Den Brandschutz wollen wir stärken, sodass die Rettung der Tiere auch in der Praxis möglich ist. Neben klaren Regelungen für die konventionelle Tierhaltung wollen wir vor allem die Alternativen fördern, insbesondere die Freilandhaltung von Rindern, Schafen, Hühnern und Schweinen. Hierzu wollen wir u.a. die Baugenehmigungspflicht für mobile Hühnerställe wie in anderen Bundesländern abschaffen.